Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Privilegirte Stettiner Zeitung

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendaselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

No. 36. Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 22. Januar 1859.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Regierungs- und Bau-Rath Nietz zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Legations-Sekretair bei der königlich belgischen Gesandtschaft zu Berlin, von Steuers, dem Bau-Inspektor Waesemann zu Berlin und dem früheren Direktor der höheren Bürgerschule zu Köln, Thomas Eschweiler zu Endenich im Kreise Bonn, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; ferner dem Kreisgerichts-Sekretair Pohl zu Rogasen bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

§§ **Berlin**, 21. Januar. Heute Nachmittag erschien der Bericht der Adreß-Kommission. Der Adreß-Entwurf lautet:

Allerdurchlauchtigster Prinz!
Allergnädigster Regent und Herr!

Das Haus der Abgeordneten, von Ew. königlichen Hoheit zum ersten Male neu versammelt, beginnt seine Thätigkeit damit, den gnädigen Gruß, mit dem Ew. königliche Hoheit geruht haben, die Vertreter des Landes willkommen zu heißen, in Ehrfurcht und Hingebung mit dem Ausdrucke seines unterthänigen Dankes zu erwiedern.

Mit Ew. königlichen Hoheit senden wir innige Gebete zu dem Allmächtigen, daß er unsern allergnädigsten König und Herrn von dem schweren Leiden möge genesen lassen, das noch auf Sr. Majestät lastet und welches der König, gestützt durch die aufopfernde Liebe der Königin, Seiner erhabenen Gemahlin, in hoher Ergebung und Geduld, Seinem Volk zu christlichem Vorbild, bis auf diese Stunde getragen hat.

Ew. königliche Hoheit fordern uns, in voller Anerkennung der hohen Bedeutung unseres Berufes, auf, Allerhöchst Ihre Regierung auf dem Wege zu unterstützen, welchen Ew. königliche Hoheit in Hinblick auf Preußens Aufgabe, seine glorreiche Geschichte und die vaterländischen Traditionen betreten haben.

Solcher Aufforderung leisten wir — in gewissenhafter Ausübung des edeln, uns von unseren Wählern aufgetragenen Dienstes für König und Vaterland — willige Folge. Unser Volk weiß und fühlt, daß ihm auf der von Ew. königlichen Hoheit betretenen Bahn unbeirrter Festhaltung an Recht und Gesetz — und nur auf dieser — bei fortschreitendem Ausbau der verfassungsmäßigen Institutionen — alle die staatlichen Güter zu Theil werden, deren geistig und sittlich vorgeschrittene Völker nicht entrathen können. Es weiß aber auch, daß ihm diese Güter, nach der Natur und geschichtlichen Art dieses königlichen Landes, nur dann nachhaltig frommen, wenn der königliche Wille in freier und freudiger Ueberzeugung mit dem Bedürfniß der Nation zusammentrifft. In dem ungeschwächten Recht der Krone erkennt das preußische Volk eine theure Bürgschaft seines eigenen Gedeihens und seiner eigenen Geltung unter den Völkern der Erde. Dies ungeschwächte Recht ist, wie Ew. königlichen Hoheit, auch ihm unantastbar heilig.

Mit Genugthuung hat das Haus der Abgeordneten durch den Mund Ew. königlichen Hoheit die Gewißheit gewonnen, daß der allgemeine Zustand des Landes — in Ackerbau und Kultur, in Handel und Gewerbe, auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Finanz-Verwaltung — als ein befriedigender bezeichnet werden darf. Im Hinblick auf die bewährte Kraft des siegbewußten preußischen Heeres und des ganzen kampfgeübten Volks, das niemals ein Opfer scheuen wird, wenn es gilt, auf den Ruf seiner Herrscher Sicherheit und Ehre des ganzen Vaterlandes zu schirmen, vertrauen wir, daß dieser Zustand in stetiger Entwickelung unter dem Schutz des Friedens fortschreiten wird. Die Wohlfahrt und Machtstellung des Landes heben heißt zugleich die Antriebe der Sittlichkeit und des Gemeinsinns, den Grund aller bürgerlichen Tugend und Tüchtigkeit, schaffen und mehren. Wir werden der Erörterung der uns in diesem Betracht in Aussicht gestellten Vorlagen unsere ganze Sorgfalt zu widmen unverdrossen sein.

Mit Ew. königlichen Hoheit erfreuen wir uns an der Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen zum Auslande und zu den andern Großmächten insbesondere. Wir hegen die Zuversicht, daß es den im Verein mit den übrigen deutschen Regierungen fortgesetzten Bemühungen der Regierung Ew königlichen Hoheit gelingen wird, die unter dänischem Scepter stehenden Herzogthümer in die volle Uebung ihrer durch Gesetze, Bundesbeschlüsse und Vereinbarungen gegründeten, ihnen nur zu lange vorenthaltenen Rechte wieder einzusetzen.

Mit gerechtem Stolz, Allergnädigster Prinz und Herr, blicken wir zu der Fahne auf, die Ew. königliche Hoheit bei dem Antritt Allerhöchst Ihres Regiments unter freudiger Zustimmung unseres Volkes entfaltet haben. Ihre Inschrift bezeichnet unsere theuersten Besitzthümer. Ihr folgend ist Preußen — inmitten einer bereits gebildeten Staatenwelt — groß geworden: ihr folgend wird es, wenn Gott ferner hilft und Segen giebt, groß bleiben bis an das Ende der Tage.

Die wir in tiefster Ehrfurcht verharren
Allergnädigster Regent und Herr!
Ew. königlichen Hoheit
allerunterthänigst treu gehorsamste
Das Haus der Abgeordneten.

Berlin, 21. Januar. Die Berliner Revue, das Organ der jetzigen aufgeklärten Linken, zwingt sich zu den besten und muthigsten Hoffnungen. „Wie wirklichen Vaterlandsfreunden alles zum besten dienen muß, so uns auch dieses Ministerium der liberalen Partei. Es ist uns von neuem eine Frist gegeben innerhalb deren, wenn wir sie wohl benutzen, wir unsere Sache auf eine weit breitere und sicherere Basis als bisher stellen, und alle Kreise des Volks für unsere Reformplane interessiren können. Lassen wir diese Frist nicht ungenutzt dahin gehen!" Wir wünschen daß das „Ministerium der liberalen Partei" so lange Bestand haben möge bis sämmtliche Kreise des Volks sich für die Reformplane der Ritter interessiren werden. Uebrigens gesteht auch dieser Artikel, der „die Eröffnung des Feldzugs" überschrieben ist, Mängel und Einseitigkeiten der Partei zu, wie dies auch Hr. v. Gerlach in seiner voluminösen Rundschau gethan hatte. Nach der Revue besteht diese Einseitigkeit darin, daß die Partei sich bisher ausschließlich auf die Interessen der Landbevölkerung stützte. Es sei darum die erste Aufgabe sich um das Vertrauen der Stadtpartei zu bewerben, und in ihr die Ueberzeugung von der Gleichartigkeit der beiderseitigen Interessen zu erwecken. Wenn die Revue dann die Ermahnungen, die sie an ihre Parteigenossen richtet, in der Aufforderung zusammenfaßt: „Bieten wir alle unsere Kraft auf, einen Zustand, in dem der Liberalismus zur Herrschaft zu kommen wähnt, zur innern Trennung des Liberalismus und zur Heranziehung der monarchischen Elemente des Liberalismus zu benutzen," so liegt hierin ein bedeutsamer Fingerzeig für die Liberalen, wofern es je eines solchen noch bedürfte bei den offenkundigen Tendenzen der feudalen Partei.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent hat zur Auszeichnung besonderer Leistungen auf dem Gebiete für Gewerbe und Handel große goldene Medaillen im Werthe von gegen hundert Dukaten ausprägen lassen, und es sind die beiden ersten Exemplare davon an die Verlagsbuchhändler Mendelssohn in Leipzig und an den Commerzienrath Meyer, Inhaber der Firma W. A. Meyer Söhne, mittels huldvollen Schreibens verliehen worden.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent wohnten gestern Abend mit Ihren Königl. Hoheiten dem Prinzen Friedrich Wilhelm Adalbert und andern Mitgliedern des hohen Königshauses der in der St. Hedwigskirche für den verstorbenen Königl. Gesandten, Grafen v. Hatzfeldt, abgehaltenen Trauer-Feierlichkeit bei Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent umarmten am Sarge des Verblichenen den General der Kavallerie, Grafen von Nostitz, dessen vor einiger Zeit verstorbene Gemahlin die Schwester des Grafen v. Hatzfeld war.

— Die Abgeordneten Gr. Schwerin und Kühne (Berlin) gaben durch Einladung ihrer politischen Freunde zu einer Versammlung den Anlaß, daß letztere in der Tagespresse als Fraktion Schwerin bezeichnet wurde. Gr. Schwerin ist jetzt aus dieser Fraktion ausgeschieden, weil derselbe es mit seiner Stellung als Präsident des Hauses nicht für vereinbar hielt, Mitglied einer Fraktion zu sein.

— Berlin hat wieder eine seine Berühmtheiten verloren; Frau Bettina von Arnim ist gestern in hohem Alter gestorben.

— In Berlin prophezeiht nicht blos Hr. Professor Hengstenberg, sondern auch ein gewisser Sohn, dessen Geschäft ihn schon mehrfach mit der Kriminalpolizei in Berührung gebracht hat. Jetzt ist der Ruf des Hrn. Sohn sogar bis Paris gedrungen und das „Journal des Débats" thut seiner Erwähnung als eines Hrn. John, der verschiedene Prophezeihungen von sich gegeben habe. In der That zirkuliren schon seit mehreren Wochen hier verschiedene Gerüchte über angebliche Prophezeihungen Sohn's und dessen auf Grund derselben erfolgte Verhaftung. Das beste Mittel, solche Albernheiten aus den Gemüthern zu vertreiben, ist: sie als Altweibergewäsch in der Presse zu kennzeichnen. Auch die weiße Frau spukt wieder einmal in Berlin; in den Weißbierstuben und Kaffeekränzchen raunt man sich zu: jene geheimnißvolle Dame sei neulich im hiesigen Königsschlosse erschienen, zwei Lichter in der Hand, deren eines umgekehrt und ausgelöscht. (Volks-Ztg.)

— Es ist bekannt daß die Ordensvorschläge zum bei weitem größesten Theil von den Spitzen der Provinzial- oder Centralbehörden ausgehen. Da nun in den letzten Jahren gerade an diesen Stellen die entschiedensten Parteimänner der herrschenden Richtung standen, so ist manchem eine wohlverdiente Auszeichnung vorenthalten geblieben, weil die Engherzigkeit politischer Gegner nicht zuließ, daß sein Name auf die Vorschlags-Liste kam. Diese Engherzigkeit scheint unter der neuen Verwaltung sehr gewichen zu sein. Denn neben der nachträglichen Anerkennung bisher zurückgesetzter Verdienste hat es an Auszeichnungen für die Anhänger der früheren Verwaltung nicht gefehlt. Selbst an höchster Stelle soll man bei der Feier des Ordensfestes die anwesenden früheren Minister, Präsidenten u. s. w. sehr gnädig empfangen haben. Dies ist ein Beleg mehr dafür daß die auf Versöhnung des politischen Parteiwesens gerichteten Bestrebungen des neuen Ministeriums im Sinn des Regenten liegen. Schade nur, daß im ganzen diesem Streben von der kleiner gewordenen sonst „mächtigen" Partei sehr wenig gedankt wird. Im Gegentheil scheint daraus der Geist des Uebermuths Nahrung zu ziehen, und die giftigen Angriffe lagern sich in der Kreuzzeitung wieder in derselben Weise ab wie im Jahre 1849 und 1850. Auch sah man selbst bei den Ordensverleihungen daß da wo sich die sogenannte Rechte noch geltend machen kann, es mit Verletzung gebotener Rücksicht geschieht. So sind z. B. Vorschläge für den Hohenzollern'schen Hausorden, wenn sie zu Gunsten politischer Gegner gemacht wurden, von der Majorität der Komthure bei dem gehaltenen Kapitel abgelehnt worden. — Die Taktik der Kreuzzeitungspartei geht übrigens, wahrscheinlich im Wetteifer mit ihren radikalen Antipoden, darauf aus, durch Forderungen eines positiven Programms, wo möglich gleich für Detailfragen, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Deutung und Verdächtigung gewisser allgemeiner Grundsätze des neuen Regime's, wie z. B. der größeren Toleranz auf kirchlichem Gebiet ist bereits vorangegangen.

— Wie die Kreuz-Ztg. hört, wird in dem Gesetzentwurf über die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen eine Entschädigung in Höhe des 20fachen Betrages geboten werden, die in 4prozentigen Rentenbriefen geleistet werden soll.

Berlin, 21. Januar. (Fünfte Sitzung des Abgeordneten-Hauses.) Eröffnung gegen 12¼ Uhr. Vorsitzender Graf Schwerin. Am Ministertische: v. Auerswald, Flottwell. Unter den Mitgliedern bemerkt man den Ministerpräsidenten a. D. v. Manteuffel. Derselbe hat seinen Platz auf der äußersten Linken genommen und wird von den Mitgliedern der Fraktion Arnim-Heinrichsdorff sehr herzlich begrüßt.

Bei der Fortsetzung der Wahlprüfungen erhebt sich in Betreff der Wahl im Bezirk Kottbus eine Debatte über die Einflüsse des Wahlkommissarius v. Werdeck. Abg. Hartmann, der selbst Wahlmann gewesen, giebt nähere Aufschlüsse, die er unkundlich belegen zu können erklärt. Er erwähnt zwei amtliche Erlasse des Wahlkommissars, von denen der eine den Zweck hatte, der Wahl des Hrn. v. Patow entgegenzutreten, der andere vor den Bestrebungen der sog. Ministeriellen warnte und alle Freunde des Königshauses, des Vaterlandes und seiner gesunden Entwickelung aufforderte, sich nicht von Leuten leiten zu lassen, die zuvor nie auf Seiten einer preußischen Regierung gestanden hätten. „Wenn, so fährt der Redner fort, der Wahlkommissar in gedruckten amtlichen Erlassen ehrlich aber scharf gegen die Wahl eines Mannes auftritt, der durch das Vertrauen des Regenten zu dem Posten eines Ministers berufen war, wenn der Wahlkommissar aussprach, daß die Wahl des Hrn. v. Patow anderswo gesichert und daß es kein ehrliches Spiel sei denselben als Kandidaten aufzustellen, weil wenn er gewählt sein wollte, die Minister ihm, dem Wahlkommissar, Anweisung darüber ertheilt haben würden, so glaubte ein Theil der Wahlmänner diese Bestrebungen des Wahlkommissars zur Kenntniß des Ministers des Innern bringen und um Ernennung eines andern Wahlkommissars bitten zu müssen. Statt der Antwort las man einige Zeit darauf im „Staats-Anzeiger", daß der Wahlkommissar, der damals als Landrathsamtsverweser fungirte, als Landrath definitiv angestellt sei und aus diesem Umstande ist dann natürlich deducirt worden, daß die gegen die Wahl des Herrn von Patow gerichteten Bestrebungen des Wahlkommissars von andern Ministern wohl gut geheißen seien." Er hoffe, so schließt der Redner, daß der Hr. Minister des Innern hieraus Veranlassung nehmen werde, künftig Niemanden zum Wahlkommissar zu ernennen, der nicht offen und ehrlich der ministeriellen Partei angehöre.

Der Minister des Innern: Ich kann mit den Wünschen des Herrn Vorredners nur übereinstimmen. Was aber die jüngsten Wahlen anbetrifft, so kann ich im Allgemeinen für die Vorgänge bei denselben keine Verantwortlichkeit übernehmen. Ich war noch zu neu im Amte und ohne Kenntniß der betreffenden Persönlichkeiten. Kommen nun aber Fälle, wie der vorliegende zur Kenntniß, so seien Sie überzeugt, daß ich nicht unterlassen werde, eine strenge Rüge ergehen zu lassen. Was den vorliegenden Fall anbetrifft, so liegt derselbe bereits seit Kurzem meiner Kenntniß vor und werde ich das Geeignete darauf erlassen. (Allseitiges Bravo Rechts.)

Im 3. Frankfurter Wahlbezirk (Bezirk Königsberg — Soldin) wurden mit großer Majorität der Finanzminister von Patow und der Präsident Lette gewählt, gegen deren Wahl die Abtheilung nichts einzuwenden hat. Bei der dritten Wahl haben vier Abstimmungen stattgefunden und erst bei der letzten Abstimmung wurde der Ober-Amtmann Wagner aus Zellin mit 4 Stimmen über die absolute Majorität gewählt. Diese Wahl, gegen welche anfänglich nichts einzuwenden war, wurde später von mehreren Personen (Wahlmännern und Nichtwahlmännern) angegriffen. Es erschienen nämlich auf dem Landrathsamte zu Soldin verschiedene Personen, welche erklärten, daß mehrere Wahlmänner ihre Stimmen doppelt und dreifach Herrn Wagner gegeben hätten. Der Bericht des Landraths darüber ergiebt, daß dies einige Male vorgekommen, vom Wahl-Kommissarius aber sofort redressirt worden sei.

Abg. v. Leipziger bemerkt, der Gegenkandidat des Herrn Wagner, Herr v. Baerst, gehöre derselben politischen Partei an, wie Herr Wagner, von einem Kampf zwischen zwei verschiedenen Parteien sei hierbei also nicht die Rede. Abg. v. Wedell tritt dieser Bemerkung bei, um die tendenziöse Ansicht zu beseitigen, welche in dem Referat zu herrschen scheine. Herr von Baerst würde der konservativen Partei viel unangenehmer gewesen sein, als Herr Wagner. — Abg. v. Vincke (Hagen): Er wisse nicht, was der Vorredner unter konservativ verstehe. Er habe darüber bereits in der Adreß-Kommission eine lebhafte Erörterung gehabt. Wenn der Vorredner diejenige Partei meine, die unter dem glücklicher Weise abgetretenen Ministerium stets an der Verfassung gerüttelt habe, so treffe auf diese wohl eher die Bezeichnung destruktiv zu; denn konservirend könne man dieselbe nicht nennen. Nach einer Erwiederung des Abg. von Wedell erklärt das Haus die Wahl für gültig.

Der Referent der 6. Abtheilung beantragt Namens der Abtheilung, die Wahl des im 2. Marienwerder Wahlbezirk gewählten Kreisrichters Würmeling wegen Unregelmäßigkeiten bei der Einladung der Wahlmänner zu beanstanden. Das Haus tritt ohne Diskussion bei. — Die Wahlen der 3., 4. und 5. Marienwerder Wahlbezirks werden gut geheißen.

Zu einer Diskussion führt dagegen eine Wahl im 6. Marienwerder Bezirk (Culm-Thorn), dort wurde am 23. Novbr. v. J. der Freiherr v. Schrötter und der Fabrikant Weese aus Thorn gewählt. Eine Verletzung des Wahlreglements vom Mai 1849 habe, sagt der Referent, schon darin gelegen, daß der Wahlkommissarius bei Beginn des Wahlaktes sofort einen Stellvertreter für sich habe bezeichnen lassen; der Wahlkommissar Landrath von Barschall sei aber selbst zugegen gewesen, und für solchen Fall wisse das Wahlreglement nichts von einem Stellvertreter. Landrath von Schrötter sei zum Stellvertreter ernannt worden. Nachdem der Landrath von Barschall die Einleitungsgeschäfte als Kommissar vollzogen, habe er das Lokal verlassen und der Wahlakt sei nun, unter Herrn v. Schrötter, der zugleich Wahlkandidat war, vor sich gegangen. Die zweite Wahl sei dann von Herrn v. Barschall geleitet worden (Ruhe: hört, hört! zur Rechten). Bei der ersten Wahl seien 293 Stimmen abgegeben worden, absolute Majorität 147, und genau diese Zahl habe Herr v. Schrötter erhalten. Es hätten sich nun unter den Wahlmännern zwei befunden, die nicht stimmberechtigt sein konnten, weil ihre Namen nicht einmal in die Urwählerliste eingetragen wären; sie seien aber dennoch gewählt, seien einberufen worden und hätten für Herrn v. Schrötter gestimmt. Das Wahlmännerkollegium sei ruhig darüber hingegangen, er (Redner) glaube aber nicht, daß die Kammer dieses Unrecht gutheißen werde. Nach Abzug jener 2 Stimmen bleiben 291 übrig, abs. Major. 146, und Herr v. Schrötter habe demnach eine Stimme weniger als die abs. Majorität gehabt. Es liege aber noch ein anderes Bedenken vor, indem ein Wahlmann (v. Krozynski?), obwohl genügend legitimirt, ausgeschlossen wurde. Durch seine Zulassung hätte sich bei 194 Stimmenden die absolute Majorität auf 148 gestellt und Herr v. Schrötter auch mit 147 Stimmen nicht hinreichende Stimmenzahl gehabt. Auch sind verschiedene Proteste gegen die Wahl des Herrn v. Schrötter eingegangen. Wegen dieser Unregelmäßigkeiten beantragt die Abtheilung, die Wahl der Herrn v. Schrötter für ungültig zu erklären.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit sehr großer Majorität angenommen. Dagegen stimmt nur die Fraktion Arnim-Heinrichsdorf und auch diese mit Ausnahme einiger ihrer Mitglieder.

Ueber die Wahl des Abg. Schlüter (Paderborn) entspinnt sich eine Debatte. Der Landrath v. Krassow hat mit mehreren Wahlmännern einen Protest gegen die Wahl ergehen lassen, weil ein Theil der Wahlmänner die Stimmen nicht am Wahltisch abgegeben, sondern aus der Menge heraus votirt hätte. Nach dem Berichte des Wahlkommissarius sind derartige Unregelmäßigkeiten sofort auf der Stelle redressirt worden. Die Abtheilung hält demnach die Beschwerde hinsichtlich dieses Punktes nicht für begründet. Dagegen schlägt die Abtheilung vor, die Wahl zu beanstanden, da der Abgeordnete nur mit einer Majorität von 8 Stimmen gewählt worden, seitens der Protestirenden aber Thatsachen angeführt werden, nach denen es zweifelhaft erscheint, ob 20 Stimmen unrichtig oder richtig abgegeben worden. — Abg. Rhoden beantragt dagegen, die Wahl für gültig zu erklären. Das Motiv des Landraths v. Krassow, welches ihn zur Erlassung des Protestes veranlaßt, sei kaum zweifelhaft, da derselbe Gegenkandidat des Abg. Schlüter gewesen. Unter den Unterschriebenen befänden sich 12 Gemeinde-Vorsteher und sonst ein Theil Leute, die dem Landrath untergeben gewesen. Als thatsächlich kann der Redner anführen, daß die angeblichen Unrichtigkeiten den Staats-Anwalt zur eidlichen Vernehmung der Interessenten veranlaßt hätten; das habe aber zu keinem Resultate geführt, und die Untersuchung sei fallen gelassen. — Abg. Wentzel: Der Protest enthält namentlich Thatsachen, die durch Zeugen bescheinigt sind, daß 4 Stimmen falsch abgegeben sind, namentlich 2 Wahlmänner doppelt gestimmt haben. Der Abg. tritt dem Antrage der Abtheilung bei, um diese positiven Thatsachen, ehe die Wahl als gültig anerkannt, zu erörtern. v. Malinckrodt schließt sich dem Antrage des Abg. Rohden an. — Das Haus beschließt darauf, die Wahl des Abg. Schlüter zu beanstanden. Dagegen stimmt die Fraktion Reichensperger, die polnische und die des Abg. v. Arnim-Heinrichsdorff.

Für die 2. Abtheilung referirt Abg. Osterrath; sämmtliche Wahlen werden nach dem Antrage der Abtheilung für gültig erklärt.

Der Präsident ersucht die Abtheilungen, die Prüfung der noch rückständigen wenigen Wahlen zu beschleunigen.

Nachdem das Haus den Präsidenten autorisirt hat, die Adreß-Debatte auf Montag anzusetzen, schließt die Sitzung um 3 Uhr. — Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Von der Lenne. Am 15. Januar stürzte ein Theil des schon weit getriebenen Tunnels Rohrbacher-Höhe (Bahnlinie Hagen-Siegen) ein. Viele Arbeiter waren vor Ort beschäftigt, als der Zuruf des wachsamen Steigers: „Heraus, es bricht zusammen!" zu ihnen drang, und kaum hatte der letzte Hauer die gefährliche Stelle verlassen, so erfolgte der gewaltige Einsturz, wobei viele Menschen ihr Grab gefunden haben würden, wenn nicht der zeitige Rettungsruf des Steigers die schleunige Flucht veranlaßt hätte. (K. Ztg.)

Oesterreich.

Wien, 19. Januar. Nach einem auf unserer heutigen Börse verbreiteten Gerüchte soll der König von Neapel in Folge ihm beigebrachten Giftes, nach Einigen sehr bedenklich erkrankt, nach Anderen bereits gestorben sein.

Italien.

Die „Köln. Zeitung" enthält folgende telegraphische Depesche: Aus **Neapel** läuft die Nachricht ein, daß König Ferdinand II. gestorben ist.

(König Ferdinand II., Sohn des Königs Franz I. und dessen zweiter Gemahlin, der Infantin Isabella Maria von Spanien, war geboren am 12. Januar 1810, regierte seit dem 8. November 1830 und war vermählt in erster Ehe am 21. November 1832 mit der Prinzessin Christine von Sardinien († 31. Januar 1836), in zweiter Ehe am 19. Januar 1837 mit der Erzherzogin Therese von Oesterreich; aus erster Ehe ist ein Sohn vorhanden, der nunmehrige König Franz II., geb. 16. Januar 1836, welcher am 8. Januar letzthin per Prokuration mit der auf der Reise nach Neapel befindlichen Herzogin Marie in Bayern (geb. 4. Oktober 1841) vermählt wurde; aus zweiter Ehe leben fünf Söhne und 4 Töchter.)

Wie verlautet, soll Bretano mit dem Hause Rothschild in London ein österreichisches 5prozentiges Anlehen von sechs Millionen Pd. St. definitiv abgeschlossen.

Turin, 17. Januar. Gestern um 3 Uhr Nachmittags kam der Prinz Napoleon hier an. Er hatte sich in Marseille eingeschifft und wollte schon vorgestern in Turin über Genua ankommen; aber das schlechte Wetter nöthigte ihn im Hafen von Villafranka einzulaufen, und er benutzte diesen Aufenthalt, um dem König von Würtemberg zu Nizza einen Besuch abzustatten. Nach Genua waren ihm entgegen gegangen Bar. Nigra, Minister des Königlichen Hauses, und General Cialdini, Adjutant des Königs; am hiesigen Bahnhofe wurde der Prinz durch den Prinzen von Carignan empfangen, und nach den für ihn hergerichteten Gemächern im Königlichen Palast geleitet. Eine sehr dichte Menschenmenge hatte sich am Bahnhofe gesammelt, welche den Prinzen mit lautem Beifall begrüßte. Auch eine Schaar von ein Paar hundert Dekorirten mit der Helena-Medaille waren darunter, welche den Ruf Viva l' Imperatore hören ließen. Abends besuchte der Prinz das königl. Theater. Als der König eintrat, wollte der Applaus und das Vivatrufen kein Ende nehmen. Die kleine aristokratisch-klerikale Partei, die sich früher sehr mißbilligend über die projektirte Heirath ausdrückte, ließ ihre Opposition fallen und stand von dem angekündigten Vorhaben ab vom Theater weg zu bleiben. Alle Logen waren besetzt. — Man behauptet, und zwar nicht ohne Grund, daß Prinz Napoleon auch eine politische Mission an unserem Hofe habe, welche die Beziehungen Piemonts zu den anderen Theilen Italiens Oesterreich gegenüber betrifft, und auch über die französische Hülfsleistung im Falle eines Krieges sich erstreckt. Die gleichzeitige Ankunft des französischen Generals Niel zeigt, daß militärische Verabredungen auch in das Bereich jener Mission fallen. Uebrigens soll alles in dieser Hinsicht schon verabredet sein, wenigstens was die Hauptsache betrifft, und der Prinz nur den Auftrag haben, die letzte Hand an die Konvention zu legen. Die einzelnen Punkte dieses Allianzvertrages sind natürlich noch ein Geheimniß. Wenn den Gerüchten, die darüber in Umlauf sind, zu trauen ist, so hätte man die Absicht, bei glücklicher Beendigung des Krieges, ein oberitalienisches Königreich zu errichten, dann dem Prinzen Napoleon eine Krone in Mittelitalien zu verschaffen und die weltliche Herrschaft des Papstes auf ein Gebiet von geringer Ausdehnung einzuschränken. Unteritalien bliebe aus Rücksicht für England und Rußland in statu quo. Eine Klausel, wie jene, welche im Allianzvertrag zwischen Frankreich und England wegen des orientalischen Krieges eingerückt wurde, soll die Bestimmung enthalten, daß nach geendigtem Kriege Frankreich unverzüglich seine Truppen aus Oberitalien zurückziehen solle. Es sind dies jedoch nur Gerüchte, für deren Richtigkeit wohl Niemand einstehen kann. — Die Garnisonen von Nizza und von der Insel Sardinien wurden durch sechs Kriegsdampfer abgeholt und nach Genua gebracht, von wo sie auf der Eisenbahn an ihre Station in der Nähe der österreichischen Grenze befördert werden. Die Anmeldungen von freiwilligen und ehemaligen Offizieren, die wieder in den Militairdienst zu treten wünschen, mehren sich täglich bei dem Kriegsministerium. Die ehemaligen venetianischen, lombardischen und neapolitanischen Offiziere, die als politische Flüchtlinge hier leben, haben eine Versammlung gehalten, worin berathschlagt wurde, wie sie ihre Dienste anbieten und am nützlichsten wirken könnten; bis jetzt wurde aber noch kein definitiver Beschluß gefaßt. Am 22. d. M. wird der General Garibaldi in Turin erwartet. (Nat.-Z.)

— Das mitgetheilte Dekret der neapolitanischen Regierung in Betreff der Niedersetzung von Kriegsgerichten für politische Vergehen ist, wie der Text desselben ergiebt, bereits vom 27. Dezember und nicht, wie auf telegraphischem Wege irrthümlich gemeldet worden, vom 13. Januar datirt. Als wirkliche Veranlassung zum Erlaß dieses Dekrets bezeichnet ein Pariser Korrespondent der Independance belge eine der neapolitanischen Regierung von der französischen und englischen Regierung gemachte Mittheilung über ein in London bestehendes Komplott, welches auf Erregung eines Aufstandes in Neapel am Tage der Hochzeit des Herzogs von Calabrien und eine gleichzeitige Landung an der neapolitanischen Küste abziele.

Florenz, 13. Januar. Das Verbot des Eintritts der Schauspielerin Adelaide Ristori in die neapolitanischen Staaten, dessen ich vor kurzem erwähnte, ist zurückgenommen worden, und die berühmte Künstlerin muß sich zur Stunde bereits in Neapel befinden. Dieses Verbot machte hier großes Aufsehen, und war einer der vielen Mißgriffe der betreffenden Regierung. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, 20. Januar. Gestern wurde in Turin die Verlobung des Prinzen Napoleon mit der Prinzessin Clotilde gefeiert. Der Moniteur hat bis jetzt noch nicht von dieser Heirath gesprochen.

Paris, 19. Januar. Der „Moniteur" enthält eine summarische Angabe über die Gnadenakte in Neapel. Danach würden die Verbannten nicht nach Südamerika, sondern nach den Vereinigten Staaten transportirt werden. Der „Moniteur" fügt hinzu: „Diese Maßregeln der Gnade sind von der Regierung der beiden Sicilien zur Kenntniß der kaiserlichen Regierung gebracht worden." Man will hierin ein Zeichen sehen, daß eine Wiederanknüpfung der Beziehungen mit Neapel bevorsteht und knüpft hieran weitere friedliche Schlußfolgerungen bezüglich einer Ordnung der italienischen Wirren. Es fehlt nicht das Gerücht, daß die neapolitanische Regierung ihren Dank habe bezeigen wollen für allerlei Winke, die ihr von hier aus über neue Komplotte, Landungsversuche ꝛc. zugekommen seien. In Folge der Mittheilungen über solche Vorbereitungen der revolutionären Partei habe sie die neuen strengen Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Man darf aber um so mehr zweifeln, daß solche Andeutungen von der hiesigen Regierung ausgegangen sind, als die neuen Befürchtungen in Neapel vor Allem einer Muratistischen Schilderhebung zu gelten scheinen. In den hiesigen militärischen Kreisen hält man den Kriegsglauben fest und beruft sich dafür auf eine Anzahl von Thatsachen, welche die eifrige Fortsetzung der Rüstungen beweisen. Es heißt, daß von Marseille aus in den nächsten Tagen Verstärkungen nach Rom abgehen werden.

Stettiner Nachrichten.

** Stettin, 22. Januar. Nach dem Abgange des Regierungs-Raths Bendemann sind von der königlichen Regierung zu Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommission für den Randower Kreis der Landrath v. Ramin, für die Stadt Stettin der Polizei-Direktor v. Warnstädt ernannt worden. (Ndd. Ztg.)

** Stettin, 22. Januar. (Personal-Chronik.) Die Pfarrstelle in Alt-Belz, Synode Köslin, königl. Patronats, ist durch den am 17. Dezember v. J. erfolgten Tod des Pastors Handrick erledigt worden. Die Pfarrstelle zu Kirch-Baggendorf, Synode Grimmen, Privat-Patronats, ist durch Amtsniederlegung erledigt und sogleich wieder zu besetzen.

Vermischtes.

*** Schweizer Blätter erzählen von einem „theuren Pfiff"; der uns aber in Anbetracht der entsetzlichen Folgen, die er nach sich hätte ziehen können, noch sehr wohlfeil erscheint. Jüngst nämlich gab ein Herr H. in jugendlichem Uebermuthe auf der Station Zofingen, am Abend, als viele Menschen sich zum Einsteigen anschickten, durch einen Pfiff durch die Finger das täuschend nachgeahmte Zeichen zur Abfahrt. Der Zug setzte sich dann auch wirklich in Bewegung, da der Lokomotivführer der Finsterniß wegen die Täuschung nicht bemerkte, wurde jedoch bald wider gestellt, ohne daß im entstandenen Gedränge Jemand verletzt worden wäre. Das Bezirksgericht Zofingen hat den Betreffenden mit sechs Tagen Gefangenschaft, abwechslungsweise mit magerer Kost verschärft, bestraft. Gewiß zu gnädig für einen solchen Unfug! In Zürich wurde neulich ein Bursche, der in böser Absicht auf die Schienen des Bahnhofes einen Balken gelegt hatte, zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. Januar. Witterung: klares mildes Frühlingswetter, vergangene Nacht leichter Frost. Temperatur + 2° Win. SW.

Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 15 Wspl. Weizen, 12 Wspl. Roggen, 6 Wspl. Gerste, 4 Wspl. Hafer, — Wspl. Erbsen, — Rübsen. Bezahlt wurde für: Weizen 54—61 Rt., Roggen 45—50 Rt., Gerste 34—36 Rt., Erbsen — Rt. pr. 25 Schffl., Hafer 26—30 Rt. pr. 26 Schffl. Rübsen — Rt.

Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 17½—22½ Sgr.

An der Börse:

Weizen matter, loco feiner gelber nach Qual. 63 a 64 Rt., weißbunt. 65 Rt. pr. 85pfd bez., pr. Frühjahr 83.85pfd. gelber 63 5/8, ½ Rt. bez. u. Br., 63 Gd., 85pfd. gestern noch 66 Rt. bez., do. 86pfd. gestern 67 Rt. bez.

Roggen wenig verändert, loco ohne Umsatz, 77pfd pr. Februar-März 43½ Rt. Gd., pr. Frühj. 44¼ Rt. bez. u. Gd., pr. Mai-Juni 44½ Rt. bez. u Gd., 44¾ Br., pr. Juni-Juli 45¼ Rt. Gd., pr. Juli-August 46 Rt. bez.

Gerste pr. Frühj. 69.70pfd. gr. pomm. 37 Rt. Gd.

Hafer pr. Frühj. 47.50pfd. ohne Benennung 31½ Rt. Gd., 31¾ Br., pomm. 32 Rt. Gd., 32½ Br.

Rüböl etwas fester, loco 14 2/3 Rt. bez., pr. Januar-Febr. 14 2/3 Rt. Br., pr. April-Mai 14 5/12 Rt. Gd., 14½ Br., pr. Sept.-Oktbr. 13 5/6 Rt. Br.

Leinöl loco inkl. Faß 12 1/3 Rt. Br., pr. April-Mai 12¼ Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20½ % bez., pr. Jan.-Febr 20¼ % Br., pr. Febr.-März 20 3/8 % bez. u. Gd., 20½ Br., pr. Frühjahr 19½ % bez. und Br., 19 5/8 Gd., pr. Mai-Juni 19¾ % bez. u. Gd., pr. Juni-Juli 18½ % bez.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 22. Januar, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 84¾ bez. Prämien-Anleihe 3½ pCt. 116½ bez. Berlin-Stettiner 104¼ bez. Stargard-Posener 85½ bez. Köln-Mindener 137 bez. Diskonto-Kommandit-Antheile 102½ bez. Französ.-Oesterr. St.-EA. — bez. Hamburg 2 Mt. 150¾ bez. London 3 Mt. 6 19¾ bez.

Roggen pr. Januar-Februar 47 Br., 46¾ bez., pr. Februar-März 46½ bez., 5/6 Br., pr. Frühjahr 46 bez., ¼ Br.

Rüböl loco 15 1/12 bez., pr. Januar-Februar 14 7/8 Br., ¾ Gd., pr. Fbruar-März 15 5/6 Brf., ¾ Gd., pr. April-Mai 14 17/24 bez.

Spiritus loco 18½ Br., pr. Januar-Februar 18½ bez. und Br., pr. Febr.-März 18 5/8 Br., ½ Gd., pr. April-Mai 19¼, 1/6 bez.

Amsterdam, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen geschäftslos. Raps pro Frühj. 74½, Herbst 69. Rüböl, Mai 41¼, Oktober 39.

London, 21. Januar. Getreidemarkt. Englischer Weizen flau, fremder geschäftslos.

Verantwortlicher Redakteur H. Schönert in Stettin.
Druck und Verlag von A. H. G. Effenbart in Stettin.